Gewalt und andere Formen schwerwiegender Übergriffe an Schulen systematisch erfassen, untersuchen und durch geeignete Maßnahmen verhindern

Drucksache **21/4940** · eingebracht 2026-03-24 — Antragsteller: **AfD**

Bildung | Sicherheitspolitik | Migration | Gewaltprävention

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert ein bundesweites Monitoring- und Forschungsprogramm zur Gewalt an Schulen — mit dem problematischen Zusatz, den Zusammenhang zwischen Migration und Gewalt zu untersuchen.

KERNFORDERUNGEN

- Systematische Erfassung von Gewalt unterhalb der PKS-Schwelle
- Sozialwissenschaftliche Ursachenforschung
- Explizite Forderung nach Migration-Gewalt-Korrelation
- Entwicklung von Handlungskonzepten auf Basis der Ergebnisse

BEWERTUNG

2.0/10 GEMEINWOHL-SCORE

Ablehnen

Der Antrag zielt auf eine systematische Erfassung und Ursachenforschung von Gewalt an Schulen ab — ein legitimes Ziel. Allerdings enthält Punkt III.3 die explizite Forderung nach Untersuchung eines 'Zusammenhangs von Migration und Gewalt', was in der GWÖ-Matrix als fundamental widersprüchlich zu den Werten Menschenwürde (A1, D1), Solidarität (D2) und Transparenz & Mitbestimmung (D5) bewertet wird: Es reproduziert kollektive Verdächtigung, untergräbt das Recht auf Gleichbehandlung und fördert gesellschaftliche Spaltung statt Gemeinwohl. Dies führt zu einer maximalen GWÖ-Bewertung von 2/10.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Fokus auf systematische Datenerhebung unterhalb der PKS-Schwelle
- Hervorhebung der Notwendigkeit wissenschaftlicher Ursachenforschung
- Einbezug von Gewaltformen jenseits körperlicher Aggression (Mobbing, psychische Gewalt)

Schwächen

- Explizite Forderung nach Migration-Gewalt-Korrelation
- Fehlende Berücksichtigung struktureller und sozialer Ursachen
- Keine Einbindung von Betroffenen oder pädagogischen Fachkräften
- Reproduktion von Stereotypen statt Förderung von Gemeinwohl

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	--	·	·
D · BÜRGER:INNEN	--	--	·	·	-
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	·	·	·

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 **Menschenwürde im Schulalltag** `Bewertung: -5`

Diskriminierende Problemdefinition („Migration als Risikofaktor“)

D2 **Solidarität in der Schule** `Bewertung: -4`

Stigmatisierung von Schüler:innen mit Migrationshintergrund

C3 **Ethik der politischen Führung** `Bewertung: -4`

Instrumentalisierung von Gewaltstatistiken zur Schaffung von Feindbildern

D5 **Transparenz & Mitbestimmung bei Schulpolitik** `Bewertung: -3`

Keine Beteiligung von Betroffenen, Eltern oder pädagogischen Fachkräften in der Konzeption

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

WAHLPROGRAMM 4/10

CDU fordert mehr Sicherheit und Stärkung des Rechtsstaats, aber betont zugleich Rechtsstaatlichkeit, Respekt und Dialogkultur. Der Antrag widerspricht dem CDU-Wahlprogramm 2025, das eine sachliche, nicht stigmatisierende Herangehensweise verlangt (Q22). Die explizite Verknüpfung von Migration und Gewalt ist dort nicht vorgesehen.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 3/10

CDU Grundsatzprogramm 2024 betont christlich-demokratisches Menschenbild, Rechtsstaat und Subsidiarität (Q21, Q23). Der Antrag untergräbt diese Prinzipien durch kollektive Verdächtigung und fehlende Anerkennung individueller Verantwortung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CSU

WAHLPROGRAMM 4/10

CSU setzt auf Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit (Q25, Q27), aber auch auf Bildungsqualität und soziale Integration. Die pauschale Verknüpfung von Migration und Gewalt widerspricht dem CSU-Verständnis von Ordnungspolitik und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 3/10

CSU teilt mit CDU das Grundsatzprogramm 2024; die Forderung nach Migration-Gewalt-Korrelation verstößt gegen das Prinzip der Menschenwürde und des Rechtsstaats (Q21, Q23).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 10/10

Der Antrag spiegelt exakt die AfD-Kernpositionen wider: Fokus auf innere Sicherheit, Migration als zentrales Risiko, Kritik an mangelnder staatlicher Handlungsfähigkeit. Er entspricht wörtlich den Formulierungen im Bundestagswahlprogramm 2025.

> „116 Eine der Grundvoraussetzungen für die innere Sicherheit in Deutschland sind kontrollierbare Grenzen. Die Menschen sind seit dem Terroranschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt täglich ei- ner Vielzahl von Messerangriffen, weiteren Terroranschlägen wie in Mannheim und Solingen und einer deutlich steigenden Gewaltkri- minalität wie auch Gruppenvergewaltigungen ausgesetzt."
> AfD Bundestagswahlprogramm 2025, S. 117

PARTEIPROGRAMM 10/10

Das AfD-Grundsatzprogramm 2016 lehnt Gesamtschulen ab, betont Leistungsbereitschaft und Disziplin (Q7, Q9) und sieht den Islam als Spannungsverhältnis zur Werteordnung (Q6). Der Antrag folgt dieser Logik konsequent.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM 1/10

SPD setzt auf präventive Gewaltprävention, strukturelle Ursachenforschung (z.B. Armut, Bildungsbenachteiligung) und Schutz vor patriarchaler Gewalt (Q29, Q31). Der Antrag ignoriert diese Dimensionen vollständig und fokussiert stattdessen auf migrationsbezogene Deutungsmuster — ein fundamentaler Widerspruch.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 1/10

SPD Hamburger Programm (2007) verankert Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie als Grundwerte. Die pauschale Verdächtigung von Migrant:innen verstößt gegen alle drei Kernwerte.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM 0/10

Grüne setzen auf partizipative, gewaltfreie Schulkultur, Demokratiebildung und sozial-ökologische Transformation (Wahlprogramm NRW 2022). Der Antrag steht diametral entgegen: Er befördert Polarisierung, nicht Teilhabe.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Grünes Grundsatzprogramm 2020 verankert Frieden, Gewaltfreiheit und soziale Gerechtigkeit als zentrale Leitideen. Die Forderung nach Migration-Gewalt-Korrelation widerspricht diesen Werten grundlegend.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM 0/10

Linke vertritt antirassistische, strukturelle Gewaltanalyse und fordert soziale Investitionen statt Repression. Der Antrag ist ein klassisches Beispiel für rechte Sicherheitsrhetorik ohne soziale Perspektive.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BSW

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM 2/10

FDP betont Freiheit, Rechtsstaat und individuelle Verantwortung (Q11–Q15). Der Antrag verletzt diese Prinzipien durch kollektive Verdächtigung und fehlende Differenzierung. Auch die FDP lehnt Islamismus ab, aber nicht den Islam oder Migrant:innen per se.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 2/10

FDP Grundsatzprogramm 2012 verankert individuelle Freiheit und Eigenverantwortung (Q11–Q15). Der Antrag untergräbt beides durch pauschale Zuweisung von Gewaltursachen.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: 3. in dem Design der sozialwissenschaftlichen Studien die Untersuchung des möglichen Zusammenhangs von Migration und Gewalt an Schulen vorzusehen;

3. in dem Design der sozialwissenschaftlichen Studien die Untersuchung struktureller Ursachen von Gewalt an Schulen vorzusehen – darunter sozioökonomische Benachteiligung, fehlende Inklusion, unzureichende pädagogische Ressourcen sowie fehlende psychosoziale Unterstützungssysteme;

Begründung: Ersetzt diskriminierende Kausalhypothese durch gemeinwohlorientierte, evidenzbasierte Forschungsfrage gemäß GWÖ-Wert Solidarität (D2) und Soziale Gerechtigkeit (D4)

Vorschlag 2 von 3

Original: 1. in Zusammenarbeit des Bundes und der Länder im Rahmen ihrer Zuständigkeiten ein Programm aufzulegen, das sich an das ProPK anlehnt, mit dessen Hilfe ein umfassendes Lagebild der schwer beeinträchtigenden Vorfälle an Schulen auch unterhalb der Schwelle der in der PKS erfassten Straftaten erstellt wird;

1. in Zusammenarbeit des Bundes und der Länder ein partizipatives Monitoring-Programm einzurichten, das neben polizeilichen Daten auch anonymisierte Rückmeldungen von Lehrkräften, Schüler:innen und Eltern erhebt und regelmäßig öffentlich evaluiert wird;

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5) und schließt Betroffene in die Datenerhebung ein — statt top-down-Verdächtigung

Vorschlag 3 von 3

Original: 4. in Zusammenarbeit mit den Ländern auf Grundlage der in den sozialwissenschaftlichen Studien identifizierten Schwerpunkte und Ursachen Handlungskonzepte zu erarbeiten sowie entsprechende konkrete Maßnahmen gegen Gewalt an Schulen folgen zu lassen.

4. in Zusammenarbeit mit den Ländern auf Grundlage der in den sozialwissenschaftlichen Studien identifizierten Schwerpunkte und Ursachen gemeinwohlorientierte Handlungskonzepte zu erarbeiten – insbesondere durch Ausbau von Schulsozialarbeit, Stärkung von Demokratiebildung und Förderung von Konfliktlösungskompetenzen;

Begründung: Setzt auf präventive, menschenzentrierte Lösungen statt Repression — entspricht GWÖ-Werten Menschenwürde (D1), Solidarität (D2) und Soziale Gerechtigkeit (D4)

Original-Antrag

Drucksache 21/4940

Gewalt und andere Formen schwerwiegender Übergriffe an Schulen systemati·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Deutscher Bundestag **Drucksache 21/4940**

21. Wahlperiode 24.03.2026

Antrag

der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Martin Reichardt, Birgit Bessin, René Bochmann, Gereon Bollmann, Marcus Bühl, Tobias Ebenberger, Jan Feser, Nicole Höchst, Michael Kaufmann, Martina Kempf, Sebastian Maack, Johann Martel, Matthias Moosdorf, Edgar Naujok, Kerstin Przygodda, Dr. Anna Rathert, Lukas Rehm, Angela Rudzka, Beatrix von Storch, Otto Strauß, Claudia Weiss, Christian Zaum, Alexander Arpaschi, Carsten Becker, Dr. Christoph Birghan, Joachim Bloch, Dr. Michael Blos, Thomas Dietz, Udo Theodor Hemmelgarn, Manuel Krauthausen, Arne Raue, Manfred Schiller, Dr. Paul Schmidt, Bernd Schuhmann, Thomas Stephan, Martina Uhr, Sven Wendorf, Ulrich von Zons und der Fraktion der AfD

Gewalt und andere Formen schwerwiegender Übergriffe an Schulen systematisch erfassen, untersuchen und durch geeignete Maßnahmen verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Gewalt unter Schülern und Gewalt gegen Lehrer ist ein seit vielen Jahren grassierendes gesellschaftliches Problem, welches meist nur kurzzeitig Aufmerksamkeit erregt, wenn es zu Bluttaten gekommen ist, wie bei der Messerattacke eines 17-jährigen Kosovaren auf seine Lehrerin am 5. September 2025 in Essen.[1] Jedoch handelt es sich um ein Problem mit zuletzt wieder steigender Tendenz. So berichtet die Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ) unter Berufung auf Zahlen der Sicherheitsbehörden der Länder von insgesamt 27.470 Gewaltdelikten an Schulen 2023[2] – ein Anstieg von 27 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Die Berliner Polizei registrierte 2021 insgesamt 1.133 sogenannte Rohheitsdelikte an Berliner Schulen. 2022 waren es 2.344 entsprechende Taten und für 2023 musste eine „erneute deutliche Steigerung der Fallzahlen“ verzeichnet werden.[3] Diese Taten werden von den Schulen oder der Polizei den Medien selten öffentlich gemacht.[4]

---

1 www.bild.de/regional/nordrhein-westfalen/essen-nrw-schueler-soll-lehrerin-in-denbauch-gestochen-haben-68ba9e5e4b4cea1e73bab8f0

2 zitiert in: www.zeit.de/gesellschaft/schule/2024-09/gewaltdelikte-schulen-anstieg-2023

3 www.rbb24.de/panorama/beitrag/2024/03/berlin-polizeistatistik-gewalttaten-an-berliner-schulen nehmen-zu.html

4 ebenda

Bundesweit 94.318 Straftaten in Schulen 2024, davon 743 Messerangriffe; 24.292 Straftaten bei schulischen Veranstaltungen, davon 284 mit einem Messer lautet nach Angaben der Bundesregierung die aktuelle Bilanz.[5]

Einer Studie des Verbands Bildung und Erziehung aus dem Jahr 2022 zufolge berichten rund zwei Drittel der befragten Schulleitungen von Fällen in den letzten 5 Jahren, in denen Lehrkräfte beschimpft, bedroht, beleidigt, gemobbt oder belästigt wurden.[6] In einer Folgeuntersuchung 2024 gaben 60 % der befragten Schulleitungen an, dass Gewalt – egal, ob körperliche Gewalt, psychische Gewalt bzw. Formen des Mobbings – an ihrer Schule in den letzten fünf Jahren „eher zugenommen" hat, während nur 4 % eine Abnahme beobachtet haben. Betroffen sind besonders Haupt-, Real- und Gesamtschulen.[7]

Gemäß dem „Deutschen Schulbarometer 2024", einer repräsentativen Lehrerumfrage im Auftrag der Robert Bosch Stiftung, berichten 47 % der Lehrer von Problemen mit körperlicher oder psychischer Gewalt an ihrer Schule.[8]

Laut Statistik der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung „Gewaltbedingte Unfälle in der Schüler-Unfallversicherung 2023" haben sich im Jahr 2023 insgesamt 64.897 gewaltbedingte Schülerunfälle (Gewalt zwischen Schülern) an allgemeinbildenden Schulen zugetragen. In dieser Erfassung sind lediglich gewaltbedingte Unfälle unter Schülern berücksichtigt, die zu körperlichen Schäden führten.[9] In einer Folgeuntersuchung wurde zwar eine rückläufige Zahl „gewaltbedingter Unfälle" registriert, dennoch sehen 44 % der befragten Lehrkräfte eine Zunahme körperlicher Gewalt. Das Spektrum von Gewalt ist aber viel umfangreicher und fängt deutlich vor der körperlichen Auseinandersetzung an – mit Beleidigungen, Mobbing, Bedrohungen oder Belästigungen, sei es im Klassenraum, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg oder in den sozialen Medien. 56 % der befragten Lehrkräfte sehen eine Zunahme psychischer Gewalt unter Schülern.[10]

Ausweislich der Antworten der Bundesregierung zu den Kleinen Anfragen

– der Abgeordneten Peter Heidt, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 19/28195 – vom 21.04.2021,
– der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Gereon Bollmann, Jürgen Braun, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 20/59 – vom 29.11.2021,
– der Abgeordneten Thomas Seitz, Corinna Miazga und der Fraktion der AfD – Drucksache 20/5742 – vom 09.03.2023,
– der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 20/11224 – vom 13.05.2024

- äußert sich die Bundesregierung mit Hinweis auf die Länderzuständigkeit nicht, inwieweit es bei unterhalb der Schwelle der in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfassten schwer beeinträchtigenden Vorfällen an deutschen Schulen einen Informationsmangel gibt,
- strebt die Bundesregierung bisher keine gemeinsamen Projekte mit den Ländern an, um schwer beeinträchtigende Vorfälle unterhalb der PKS-Schwelle zu erfassen,

---

[5] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der AfD Bundestagsfraktion (Bundestagsdrucksache 21/904)

[6] www.vbe.de/fileadmin/user_upload/VBE/Service/Meinungsumfragen/2022-11-11_DSLK_Bericht.pdf

[7] www.vbe.de/fileadmin/user_upload/VBE/Service/Meinungsumfragen/2025-01-24_forsa-Bericht_Deutschland_Gewalt_an_Schule_u_gegen_Lehrkraefte.pdf

[8] https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/lehrerumfrage-zeigt-gewaltprobleme-an-vielen-schulen/

[9] https://publikationen.dguv.de/widgets/pdf/download/article/4986

[10] https://forum.dguv.de/ausgabe/1-2025/artikel/gewalt-unter-schuelerinnen-und-schuelern-ergebnisse-einer-umfrage-unter-lehrkraeften

- fördert die Bundesregierung derzeit keine Untersuchungen zur Ursachenforschung von Gewalt an Schulen und hat darüber auch keine Erkenntnisse,
- verweist die Bundesregierung in Hinblick auf Gewaltprävention auf das seit 2002 Bund-Länder-finanzierte Programm Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) und auf Melde- und Unterstützungssysteme in den Ländern bei konkreten Gewaltvorfällen gegen Lehrer gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) vom 6. Dezember 2018,
- weist die Bundesregierung insbesondere auf Antisemitismusprävention und demokratiestärkende Themen als aktuelle Schwerpunkte des ProPK hin.

Somit verfügt die Bundesregierung über kein klares Lagebild, betreibt keine Ursachenforschung und verweist auf Präventions- und Nachsorgeprogramme, die ausweislich der steigenden Zahlen an Gewaltvorfällen an Schulen offenkundig nicht ausreichend wirksam sind.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. in Zusammenarbeit des Bundes und der Länder im Rahmen ihrer Zuständigkeiten ein Programm aufzulegen, das sich an das ProPK anlehnt, mit dessen Hilfe ein umfassendes Lagebild der schwer beeinträchtigenden Vorfälle an Schulen auch unterhalb der Schwelle der in der PKS erfassten Straftaten erstellt wird;
2. in Zusammenarbeit mit den Ländern sozialwissenschaftliche Studien zu fördern, die sich dezidiert mit der Ursachenforschung verschiedener Formen von Gewalt an Schulen befassen und wissenschaftlich erforschen, welche Gewaltformen mit welchen Faktoren unter welchen Konstellationen vermehrt auftreten;
3. in dem Design der sozialwissenschaftlichen Studien die Untersuchung des möglichen Zusammenhangs von Migration und Gewalt an Schulen vorzusehen;
4. in Zusammenarbeit mit den Ländern auf Grundlage der in den sozialwissenschaftlichen Studien identifizierten Schwerpunkte und Ursachen Handlungskonzepte zu erarbeiten sowie entsprechende konkrete Maßnahmen gegen Gewalt an Schulen folgen zu lassen.

Berlin, den 24. März 2026

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333